

Das falsche Alarmsignal



In Österreich wurde jetzt eine Studie der Öffentlichkeit vorgestellt, die einmal mehr das bestätigt, was den meisten PI-Lesern und auch einem immer größer werdenden Teil der Bevölkerung längst klar ist: Die meisten Türken verweigern die Integration.

Vor allem bei jenen fast 60 Prozent der Türkischstämmigen, die politisch-religiös motiviert sind, gäbe es „nicht unbeträchtliche Vorbehalte“, so Peter Ulram (Foto oben), Studienleiter und Meinungsforscher der GfK in Österreich. Mehr als die Hälfte der türkischen Migranten befürwortet demzufolge einen Einfluss des islamischen Rechts in das österreichische Justizsystem. Nahezu 75 Prozent (!) stellen die Befolgung islamischer Gebote über die Demokratie. Äußerst interessant ist die Meinung von fast der Hälfte der Türken, dass man an den vielen Kriminellen in Österreich sähe, „wohin die Demokratie führt“ – wenn man bedenkt, wie hoch die Kriminalität unter türkischen bzw. muslimischen Migranten ist, klingt diese Aussage nahezu wie Hohn.

Allerdings steckt in ihr auch ein wahrer Kern: Bei der feigen Appeasement-Politik in unserer „Demokratie“ ist es kein Wunder, dass die Kriminalität v.a. aus Migrantenkreisen immer weiter steigt. Düstere Aussichten für die Zukunft gibt's obendrein: Obwohl sie größtenteils in Österreich aufgewachsen sind, fühlen sich junge Türken dem Islam stärker verpflichtet als ältere. Man muss also davon ausgehen, dass der Kampf um Moscheen, Minarette, Sonderrechte, islamische Feiertage, Scharia und Co. von seiten der Moslem-Lobby in Zukunft noch weiter an Fahrt gewinnt.

Doch all diese erschreckenden Fakten scheinen Studienleiter Ulram nicht wirklich zu interessieren. Das wahre Alarmsignal erkennt er vielmehr an anderer Stelle, nämlich den diskriminierenden Inländern:

Mehr als die Hälfte der Türken hat das Gefühl, dass Muslime vom österreichischen Staat benachteiligt werden. „Das ist ein Alarmsignal, weil so etwas schafft Distanz“, sagt Ulram. Eine Erklärung für diesen Eindruck auf Seiten der Zuwanderer ist für ihn, dass es „zu wenige von ihnen im Verwaltungsapparat gibt. Es fehlen Ansprechpartner“.

Seine Lösung scheint zu sein, noch mehr Muslime in Verwaltung und Politik zu befördern. Warum und inwiefern das Einbringen von demokratieablehnenden, islamisch motivierten Personen in Machtpositionen die in der Studie offenbarten Gefahren bannen soll, bleibt wohl sein Geheimnis.

» peter.ulram@gfk.com

(Gastbeitrag von Hauke)